

## Presseinformation

Nr. 03 / 2014

Berlin / Augsburg, 27.01.2014

### **AOK Vorsitzender Christopher Hermann fordert den Abbau der wohnortnahen Versorgung**

In einem Interview mit der Stuttgarter Zeitung im Januar 2014 – welches wir Ihnen gerne auf Anfrage zur Verfügung stellen – fordert Christopher Hermann, Vorsitzender der AOK Baden-Württemberg die Minimierung der Behandlung der Bürger durch die Berufsgruppen und Institutionen der Versorgung im Gesundheitswesen. In keiner Weise geht er auf die Tatsache ein, dass durch die Einflussnahme der gesetzlichen Krankenkassen in den letzten 3 Jahrzehnten die Leistungsverdichtung und der Kosten- bzw. Erlösdruck für alle Berufsgruppen und Institutionen der Versorgung/Behandlung/Betreuung unerträglich wurde.

Hermann droht direkt oder indirekt mit der unvermeidbaren Anhebung von Beiträgen, falls die Politik und die Selbstverwaltung sich nicht dem Diktat der AOK unterwerfen. Dieses Diktat heißt:

- Aufbau spezialisierter Kliniken unter Kontrolle der AOK
- Aufbau von weiten Wegen für die Bürger/Versicherten/Patienten für die generelle oder Notfallversorgung
- Abbau von regional existenten stationären Einrichtungen, also Zerschlagung von Tafelsilber der Bürger
- Nutzung der Daten der AOK zu einer Mindestmengenregelung mit dem größtmöglichen Faktor der mathematischen Manipulation
- Besonders zynisch: Abbau der Frühchen-Versorgung, da dort nach AOK-Meinung besonders viel Geld verschleudert wird, die räumliche Trennung der Angehörigen soll zur Reduzierung der Kosten von Frühchen hingenommen werden
- Versorgung von Schlaganfällen soll nicht mehr „an jeder Ecke möglich“ sein – also kann eine kompetente, schnelle und wohnortnahe Behandlung die nachweisbar notwendig ist, nicht mehr erfolgen
- Direktverträge zwischen den Behandelnden und der AOK mit dem Ziel, den Wettbewerb durch Absenkung der Kosten zu verschärfen. Dabei bleibt die Qualität dann auf der Strecke und anschließend wird den Behandelnden dann noch von den Kassen vorgeworfen, schlechte Qualität zu leisten.

1/2

- Versorgung sachorientiert und sinnvoll entwickeln und zwar unter den Gesichtspunkten der Kenntnisse und Erfahrungen von Versicherungsmathematikern, Ökonomen und Zahlenfetišisten oder eingekauften und in Abhängigkeit gebrachten Experten der Diagnose, Therapie, Pflege und Pharmakologie.

Wir – die Bürger Initiative Gesundheit e.V., vormals DGVP e.V. – verfügen mit unseren unabhängigen Beiräten und Experten über mehr als 500 Jahren Berufserfahrung im Gesundheitswesen sowie mit unseren Erfahrungen als gemeinnütziger Verein seit dem Jahr 1989 über die Gewissheit, dass die Vorschläge und Forderungen von Herrn Hermann dazu führen, dass

1. die wohnortnahe Versorgung für die Bürger zusammenbricht und somit die Bürger erheblichen Risiken ausgesetzt werden
2. die AOK durch stringente Verträge und Leistungskürzung oder Leistungsverweigerung bzw. Vergütungskürzungen die Kosten noch weiter absenkt und damit die Qualität der Versorgung gefährdet und zwar zu Lasten aller Bürger und Behandler
3. die Patienten von der Problemschwangerschaft bis zur Palliativmedizin durch lange Distanzen bis zum Behandler, durch ausufernde Wartezeiten, wegen Personalmangels und struktureller Mängel letztendlich unterversorgt werden
4. die Leistungen der Behandler für die Patienten durch die erzwungenen Direktverträge der AOK abgesenkt werden, damit die Überschüsse für die administrativen Kosten der AOK ansteigen. Die Existenzangst der Berufsgruppen und Institutionen wird somit weiter befördert. Die Auswanderung in andere Berufe und andere Länder Europas wird dadurch forciert.
5. die Therapieverantwortung der Berufsgruppen und Behandelnden zu Lasten der Qualität und Sicherheit für die Bürger minimiert wird, weil die AOK dann auch noch vorschreiben will, wie welche Diagnose und Therapie zu erfolgen hat.

Insgesamt wird durch die Einflussnahme der auf Kostensenkung und egoistischen Eigenorientierung der AOK fixierten Vorschläge von Herrn Hermann das Gesundheitswesen in allen Belangen der Versorgung/ Behandlung/Betreuung und Vergütung gefährdet und dies bei bevorstehenden Steigerungen der Beiträge. Das ist krank machende Gesundheitspolitik.

Gegen diese Entwicklungen gibt es nur ein Mittel: Die Sammlung sämtlicher Kompetenzen und Aktivitäten, damit eine konstruktive Zukunftssicherung erfolgen kann und die unsägliche Macht der gesetzlichen Krankenkasse auf ein sachliches Minimum reduziert wird.

Bürger Initiative Gesundheit e.V.  
(vormals DGVP e.V.)

Pressestelle

Tel: 0821 50867960

Fax: 0821 50867969

[presse@buenger-initiative-gesundheit.de](mailto:presse@buenger-initiative-gesundheit.de)

[www.buenger-initiative-gesundheit.de](http://www.buenger-initiative-gesundheit.de)

freigegeben zur Veröffentlichung